

Rede des Präsidenten des Sächsischen Landtags, Dr. Matthias Rößler, zum Thema „Starke Regionen – starkes Europa“ auf der Festsitzung des Niederösterreichischen Landtags am 7. Juli 2011

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Ing. Hans Penz,
sehr geehrter Herr Landeshauptmann von Niederösterreich,
Dr. Erwin Pröll,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
geschätzte Ehren- und Festgäste,

mein verehrter Vorredner hat „25 Jahre Landeshauptstadt“ als einen Weg von der Volksentscheidung zur Erfolgsgeschichte Niederösterreichs beschrieben.

Dieser Einschätzung schließe ich mich nicht nur persönlich von Herzen gern an.

Vielmehr freue ich mich sehr, Ihnen aus Anlass dieses Jubiläums die Grüße und Glückwünsche der Abgeordneten des Sächsischen Landtags und der Sächsischen Staatsregierung überbringen zu können.

Die Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen und die Konstituierung des Sächsischen Landtages im Jahre 1990 nach unserer friedlichen Revolution von 1989 war nicht nur eine Rückkehr zur historischen Kontinuität des tausendjährigen sächsischen Staates. Sie waren vor allem auch ein Bekenntnis zum Föderalismus in einem wiedervereinigten Deutschland.

Nicht zufällig wehten über unseren hunderttausende zählenden Demonstrationen zuerst die weiß-grünen Fahnen Sachsens und dann das Schwarz-Rot-Golden der deutschen Republik.

Es erfüllt mich mit Freude und Stolz, dass ich dieses Bekenntnis nach zwei Jahrzehnten aufnehmen und weitertragen kann.

Ich begreife es als Aufgabe und als Gebot der Stunde, einen eigenen Beitrag zu leisten, um dem Freistaat Sachsen in fester Partnerschaft zu Niederösterreich und diesem Hohen Hause innerhalb Europas eine Perspektive zu geben.

Die historischen Voraussetzungen und aktuellen Gemeinsamkeiten stellen sich für beide Seiten als äußerst vorteilhaft dar. Unsere gegenwärtige Ausgangsposition könnte kaum besser sein. Wir haben anderen Bundesländern einiges voraus.

Woher kommen wir, wo stehen wir heute und wo liegt unsere gemeinsame Aufgabe in Europa? Diese komplexe Fragestellung drängt sich mir auf, wenn es um starke Regionen in einem starken Europa geht.

Die Erweiterung der Europäischen Union in Richtung Osten und Südosten hat den Charakter und die Mentalität unseres Staatenbundes verändert und neugestaltet und Deutschland und Österreich von der Peripherie ins Zentrum gestellt.

War die EU infolge des Kalten Krieges von Westeuropäern geprägt, hat das neue Europa, wie es nach dem Fall des Eisernen Vorhangs entstanden ist, seinen historischen Schwerpunkt wiedergefunden.

Mit dem Hinzutreten der sogenannten „neuen Bundesländer“ im Osten des wiedervereinigten Deutschlands – Sachsen ist das bevölkerungsreichste –, von Österreich, der Slowakei, Tschechien, Polen oder Ungarn ist Mitteleuropa auf organische Weise in seine Geschichte zurückgekehrt. Wir Mitteleuropäer treten wie selbstverständlich in dieser neuen Europäischen Union neben die West- und Südeuropäer. Die europäische Freiheitsrevolution von 1989 knüpft eben auch an die große Geschichte und Kultur des alten Europas an.

Ein Blick auf die Karte zeigt uns die historischen Parallelen auf. Das neue Mitteleuropa ist undenkbar ohne das Erbe des Königreichs Sachsen und der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie.

Die Gemeinsamkeiten zwischen Sachsen und dem alten Kaiserreich reichen tief in die Geschichte zurück.

Die Häuser Habsburg und Wettin waren jeweils Garant für eine über viele Jahrhunderte aufrechterhaltene politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontinuität und Entwicklung der Mitte Europas.

Beide wurden sie – wie keine andere europäische Dynastie – vom aufkommenden Preußen der Hohenzollern bedrängt und schließlich geschlagen.

Die kriegerische Großmacht Preußen hat mehr als einmal in der Geschichte über das sächsische und das österreichische Schicksal entschieden.

„Belli gerant alii, tu felix Austria nube“ (Andere führen Kriege, doch du, glückliches Österreich, heiratest).

August der Starke, unser legendärer Kurfürst von Sachsen und König von Polen, verheiratete seinen Sohn und Nachfolger mit einer Tochter des österreichischen Kaisers.

Deshalb entbehrt diese euphorische Charakterisierung der habsburgischen Außenpolitik nicht der historischen Wahrheit. Sie gilt besonders auch für Sachsen. Dresden orientierte sich damals eher an Wien, nicht an Berlin.

Den Siebenjährigen und die Schlesischen Kriege haben Sachsen und Österreich nach vielen Wechselfällen gemeinsam verloren.

Jahrzehnte später, nach dem Wiener Kongress, war von Sachsen nur noch die Hälfte übriggeblieben. Nach der gemeinsamen Niederlage von 1866 schmiedete der große Preuße Otto von Bismarck sein Deutschland, sein Europa aus Blut und Eisen.

Meine Damen und Herren,

es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Geschichte anders verlaufen wäre, wenn es nach uns Österreichern oder Sachsen gegangen wäre.

In der Urkatastrophe des Ersten Weltkriegs sind dann das deutsche Kaiserreich, die Donaumonarchie, ist das ganze alte Europa und seine globale Dominanz für immer untergegangen.

Deutsche und Österreicher haben, auch eingedenk eigener Schuld, aus der eigenen Geschichte und den Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur gelernt. Am Zweiten Weltkrieg und seinen unmittelbaren Folgen haben Sachsen und Niederösterreich gleichermaßen gelitten.

Bombardierungen, Kampfhandlungen, Zerstörungen, Plünderungen und Vergewaltigungen, gefolgt von einer jahre- bzw. jahrzehntelangen sowjetischen Besatzung, machten den Wiederaufbau in beiden Regionen besonders schwer und entbehrungsreich.

Erst als die Sowjets, anders als in Deutschland, in meinem Geburtsjahr 1955 durch kluge Diplomatie und Neutralität nach Abschluss des Staatsvertrages abzogen, war in Niederösterreich eine freie politische und wirtschaftliche Entwicklung möglich geworden.

„Felix Austria“ geht es da dem ehemaligen DDR-Bürger Matthias Rößler, der 35 Jahre seines Lebens in Unfreiheit verbringen musste, durch den Kopf. Die Österreicher waren durch kluge Politik, eine weniger exponierte geostrategische Lage und etwas Glück auf der Sonnenseite des eisernen Vorhanges.

Meine Damen und Herren,

das Fehlen einer Landeshauptstadt – bedingt durch die Trennung der Länder Niederösterreich und Wien – machte sich im Ergebnis der Entwicklung in den sechziger und siebziger Jahren immer stärker bemerkbar.

Deshalb hat sich der Landtag – woran meine beiden Vorredner erinnert haben – 1986 nach einer Volksbefragung entschlossen, St. Pölten zur Landeshauptstadt Niederösterreichs zu ernennen.

Dieser Schritt bildete eine Zäsur von historischer und zukunftsweisender Dimension.

Es war dies der Auftakt für eine auch international beachtete Entwicklung des Bundeslandes Niederösterreich.

Für die Sachsen und ihre östlichen Nachbarn mussten bis zum Abzug der Roten Armee von 1955 an noch mehr als drei Jahrzehnte vergehen.

1989/90 sind alle Völker Mitteleuropas infolge der mittel- und osteuropäischen Freiheitsbewegung in die Familie der freien Völker zurückgekehrt. Sachsen hat als Verfassungsstaat innerhalb eines geeinten Deutschlands seine historische Gestaltungskraft zurück gewonnen.

Nach fast sechs Jahrzehnten der Diktatur im Schatten des Machtzentrums Berlin ist Dresden, der traditionelle Sitz des sächsischen Hofes seit 1485, wieder Hauptstadt des Freistaates Sachsen geworden.

Die Friedliche Revolution, die von Sachsen ausgegangen ist, und die Deutsche Einheit haben für Sachsen einen künstlichen Zustand beendet und einen natürlichen Zustand herbeigeführt.

Der Sächsische Landtag hat den Faden einer vielhundertjährigen Geschichte der politischen Mitbestimmung in Sachsen wieder aufgenommen. Wir haben den Blick von Anfang auf Europa gerichtet. Grenzen haben uns nicht mehr getrennt, sondern miteinander verbunden.

Das Verhältnis zwischen dem Sächsischen und dem Niederösterreichischen Landtag ist – zumindest für die Jüngeren unter Ihnen – fast schon legendär.

Nahezu zwei Jahrzehnte ist es jetzt her, dass unsere Präsidenten Erich Iltgen und Franz Romeder eine enge und nachhaltige Partnerschaft begründet haben.

1992/93, als diese Beziehungen geknüpft worden sind, hatte Ihr Landtag seinen Sitz noch in Wien. Österreich gehörte in jener Zeit noch nicht zur Europäischen Union.

Aber aus der föderalen Tradition heraus stand das Thema „Starke Regionen – starkes Europa“ schon damals für beide Seiten im Mittelpunkt.

Sachsen ist beim Staatsaufbau von den leidvollen Erfahrungen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft ausgegangen.

Beide Diktaturen hatten die Länder und ihre Parlamente aufgelöst.

So typisch diese Diktaturen für das 20. Jahrhundert auch waren, so wesensfremd ahistorisch und anachronistisch stellte sich den Menschen in Sachsen und Deutschland schon damals der staatliche Zentralismus dar.

Meine Damen und Herren,

auch im vereinten Europa ist die historische und kulturelle Schicksalsgemeinschaft der Nation, ist der Nationalstaat unverzichtbar. Das „Europa der Vaterländer“, das Charles de Gaulle so visionär vor Augen hatte, entspricht dem mehrheitlichen Willen seiner Bewohner. Unsere demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa war und ist eine Sternstunde der Patrioten und führte zur Wiedergeburt souveräner und stolzer Nationalstaaten. Niemand will hier, will überall in Europa seine Nation und seine staatliche Souveränität aufgeben. Deshalb wird die Europäische Union ein Staatenbund bleiben. Gerade Deutschland und Österreich zeigen, dass starke und lebensfähige Nationalstaaten am besten föderal gegliedert in Bundesländern mit Gesetzgebungskompetenz und eigener Staatlichkeit funktionieren.

Der Föderalisierung, den Ländern und Regionen, wird nicht nur in Europa in Zukunft immer mehr Bedeutung zuwachsen.

Die Länder und Regionen sind stärker als alle übergeordneten Ebenen seit jeher von der sich aus Herkunft und Zuwanderung entwickelten Tradition und Identität in einem gemeinsamen Lebensraum ihrer Bürgerinnen und Bürger geprägt.

Sie zeichnen sich durch Eigenarten aus, die über ihre Lebensqualität bestimmen.

Diese Prägung macht sie zur überschaubaren und vertrauten politischen, kulturellen und sozialen Heimat innerhalb Europas.

Um ihrer Nähe zu den Menschen willen braucht Europa die Länder und Regionen.

Ebenso brauchen die Länder Europa. Und zwar nicht nur, wenn es um die Bewältigung von Krisen und Naturkatastrophen geht.

Die großen Herausforderungen der Zukunft wie die demografische Entwicklung, die Energieversorgung, der Klimawandel oder die Globalisierung können nur durch gemeinsame Anstrengungen bewältigt werden.

Die Länder sind Garanten für Bürgernähe und Vertreter der speziellen Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den Regionen, Städten und Gemeinden. Sie bilden das Klima der Effizienz und des sozialen Zusammenhalts und stellen den wahren Nährboden alles Wohlstands dar.

Die demokratische Kontrolle beginnt in den Ländern.

Vor diesem Hintergrund setzen sich Sachsen und Niederösterreich gemeinsam mit den anderen deutschen und österreichischen Ländern seit vielen Jahren für eine Stärkung der Einwirkungs- und Teilhabemöglichkeiten der Landesparlamente ein.

Die gemeinsamen Erklärungen von Innsbruck 2005, Düsseldorf 2007 und Stuttgart 2010 waren Meilensteine auf diesem Weg.

Auf der Konferenz der Landtagspräsidenten in Wolfsburg war es längst keine Frage mehr, dass dem Föderalismus, wie er in Deutschland und Österreich in Gestalt der Länder existiert, in einer globalisierten Welt und einem großen geeinten Europa ein immer größere Bedeutung zukommen wird.

Meine Damen und Herren,

wir fordern konsequente Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips über die regionale bis in die kommunalen Ebenen hinein.

Die Säulen der Demokratie als legitime Vertretungen ihres Landvolkes sind die Landesparlamente. Ihnen obliegt die Landesgesetzgebung. Zugleich wirken sie an der Gestaltung der europäischen Rechtsordnung mit.

Es obliegt den Ländern, die jeweiligen Regeln im Landesrecht so auszugestalten, dass die notwendige Mitwirkungsmöglichkeit des Landesparlaments gegenüber der Landesregierung zur Wahrnehmung der Integrationsverantwortung gesichert wird.

Zu dieser Mitwirkungsmöglichkeit des Landesparlaments gehört die Bindung der Landesregierung beim Stimmverhalten im Bundesrat und bei der Erhebung von Verfassungsklagen auf Bundesebene. Die Herstellung von Informationsgleichheit zwischen der Exekutive und der Legislative setzen wir dabei voraus.

Die Länderparlamente setzen die wesentlichen Impulse selbst, indem sie sich aktiv an den Entscheidungsprozessen der Europäischen Union beteiligen.

Für die Bürger muss klar erkennbar sein, wer die politische Verantwortung für Erfolg und Misserfolg politischen Handelns in der Europäischen Union trägt. Eine politische Kultur des Wahrnehmens der Probleme der Menschen einerseits und eine Akzeptanz demokratischer Entscheidungen andererseits kann am besten auf Landes- und kommunaler Ebene gelingen. Die Politikverdrossenheit wächst mit der Entfernung der Regierten von den Regierungen.

Das Subsidiaritätsprinzip schützt die legislativen Kompetenzen der Landesparlamente. Die Landesparlamente müssen dazu imstande sein, d.h. über Verfahren verfügen, um sich am Subsidiaritäts-Frühwarn-System zu beteiligen. Dabei können Subsidiaritätsrüge und Subsidiaritätsklage auch auf eine nicht ausreichende Begründung von Legislativvorschlägen durch die EU-Kommission gestützt werden.

Gesetzgebungskompetenz und Bürgernähe, Subsidiarität und Kontrolle. Das sind die Schlüsselworte für ein Europa von heute, von morgen und von übermorgen.

Zum letzten Punkt ein abschließendes Wort in eigener Sache.

In Sachsen regelt jetzt die Subsidiaritätsvereinbarung zwischen Landtag und Staatsregierung die Mitentscheidungsrechte der Abgeordneten bei der europäischen Gesetzgebung.

Gemeinsam mit dem sächsischen Ministerpräsidenten habe ich diese Vereinbarung, womit das Landesparlament förmlich in die europäische Gesetzgebung eingebunden wird, im April dieses Jahres unterzeichnet.

Wir müssen die europäische Rechtsordnung als unsere ureigenste Angelegenheit begreifen.

Wir sind nicht länger bereit dazu, die in Brüssel getroffenen Entscheidungen als gegeben hinzunehmen.

Wir müssen mitgestalten.

Dass dies nicht allein Sache der Staatsregierung, sondern das besondere Anliegen der gewählten Volksvertretung ist, versteht sich für uns von selbst.

Der Entwurf der Subsidiaritätsvereinbarung ist auf Antrag von fünf Fraktionen in den Landtag eingebracht und einstimmig beschlossen worden.

In Sachsen ziehen die Abgeordneten an einem Strang, wenn es darum geht, die Zusammenarbeit zwischen Landtag und Staatsregierung an den Stellen zu verbessern, die für die Bürgerinnen und Bürger wesentlich sind.

Damit leisten wir nicht nur einen Beitrag dazu, die Rechte der Sachsen zu stärken, sondern verhelfen auch der Europäischen Union zu mehr Transparenz und Bürgernähe.

Dieser Schritt nach vorn darf uns allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir gegenwärtig noch sehr weit entfernt sind von einem Europa der Regionen, das diese Bezeichnung wahrhaft verdient.

Wenn Regionalparlamente mit Gesetzgebungskompetenz unsere Vision von starken Regionen in einem starken Europa der Wirklichkeit näherbringen können, dann sind es die Landesparlamente in Deutschland und Österreich und – nicht zu vergessen – unsere gemeinsamen Freunde in Südtirol.

Deutschland und Österreich sind aufgrund ihrer föderalen und verfassungsrechtlichen Struktur die fortschrittlichsten Mitgliedstaaten innerhalb der Europäischen Union.

Sowohl in Sachsen als auch in Niederösterreich besitzt das Volk eine starke regionale Identität und empfindet sich als Träger eines eigenen historischen, sozialen und kulturellen Erbes, das über lange historische Zeiträume gewachsen ist.

Damit fällt unseren beiden Ländern und ihren Nachbarn bei der Gestaltung Europas eine besondere Verantwortung und eine Vorreiterrolle zu, der wir uns nicht entziehen können.

An ihrer gemeinsamen Erfüllung wird sich vielmehr erweisen, ob wir unserer Aufgabe als Europäer im 21. Jahrhundert gewachsen sind.

Ich danke Ihnen.

- Es gilt das gesprochene Wort. -